

8. Reflexive Kritik

Überlegungen zum Verhältnis von Normativität, Politischer Theorie und Politikwissenschaft¹

1. Einleitung: Politikwissenschaft und Politische Theorie

Die Situation der Politischen Theorie in der deutschsprachigen Politikwissenschaft ist auf den ersten Blick kurios: Während sich nämlich auf der einen Seite eine anhaltende Krisendiskussion findet, in der auch immer wieder die Frage nach der Bestandsgefährdung der Politischen Theorie als Teildisziplin aufgeworfen wird, steht dem auf der anderen Seite ein enormer diskursiver Erfolg der Politischen Theorie in nahezu allen, auch international geführten größeren politikwissenschaftlichen Debatten der jüngeren Zeit gegenüber. Ob es sich um die vieldiskutierte Diagnose der Postdemokratie, die um die Jahrtausendwende intensiv geführte Auseinandersetzung über Themenfelder einer Internationalen Politischen Theorie² wie globale Demokratie, globaler Konstitutionalismus oder Postnationalität und Wandel von Staatlichkeit, die Kontroverse über territoriale Grenzen und Demokratie (vgl. Abizadeh 2017; Carens 2017; Jörke 2019), die Neoliberalismusanalyse und -kritik (vgl. Mouffe 2007; 2014; 2018; Brown 2015), die Populismuskritik (vgl. Mouffe 2018; Laclau 2005; Jörke/Selk 2020) oder auch die jüngere Diskussion über die Unterscheidung von Politik und Politischem³ han-

1 Für hilfreiche kritische Kommentare zu einer früheren Fassung möchte ich mich herzlich bei Luca Hemmerich, Katharina Liesenberg und Dirk Jörke bedanken.

2 Vgl. hierzu, auch für einen Überblick über die wichtigsten Debattenbeiträge und -etappen Vasilache 2022.

3 Insbesondere diese Diskussion ist im Sinne der transdisziplinären Politischen Theorie, die ich etwas weiter unten andeute, von Anfang an disziplinenübergreifend geführt worden. Unter Rückgriff auf Überlegungen zur Erneuerung der

delt – stets nimmt die Politische Theorie an diesen Diskursen nicht nur teil, sondern es gehen von Texten, die von politischen Theoretiker*innen verfasst werden – teils mit erheblichem zeitlichen Vorlauf gegenüber dem dann breiteren Diskussionsverlauf⁴ –, regelmäßig entscheidende Impulse aus.

Auf den zweiten Blick wird die Situation dann allerdings in gewisser Weise etwas tragisch: Während diese Impulse aus der Politischen Theorie nämlich ausgiebig in Nachbardisziplinen rezipiert und intensiv diskutiert werden, ist die Aufmerksamkeit, die den Beiträgen der Politischen Theorie in den anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft zukommt, deutlich geringer, zuweilen verschwindend. So werden, um ein jüngeres Beispiel auf einem Feld, auf dem ich selbst arbeite, illustrativ heranzuziehen, radikaldemokratische Positionen schon seit geraumer Zeit in vielen kultur-, sozial-, bildungs- und erziehungswissenschaftlichen Debatten⁵ mit großem Interesse rezipiert. International und auch in Deutschland findet quer über Fächergrenzen seit mindestens zwei, eher drei Dekaden eine eng mit dem aktuellen Diskurs der radikalen Demokratietheorie verbundene, rege Debatte über einen gemeinsamen Autor*innenpool⁶ statt, die sich unterdessen zu

Politischen Philosophie, die Anfang der 1980er Jahre im Umfeld des *Centres de recherches philosophiques sur le politique* in Paris geführt wurden (vgl. Martinsen 2019, 583f.), hat sich seit Mitte der 2000er Jahre eine aktuell noch anhaltende (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen/Saar 2021) Debatte entsponnen, in der sich neben politikwissenschaftlichen Beiträgen auch zahlreiche philosophische, soziologische und kulturwissenschaftliche Überlegungen verzeichnen lassen (vgl. Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010; Bröckling/Feustel 2012).

- 4 Die in den vergangenen Jahren in der Politikwissenschaft intensiv Diskussion über das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen wurde im Lichte einer Kritik neoliberaler Konsenspolitiken so bspw. von Autor*innen wie Jacques Rancière oder Chantal Mouffe um die Jahrtausendwende in wesentlichen Überlegungen antizipiert (vgl. Rancière 2002; Mouffe 2007).
- 5 Vgl. hier exemplarisch jüngere Rezeptionen in der Politischen Bildung (Friedrichs 2021), der Soziologie (Schwartz 2019) oder der Erziehungswissenschaft (Geldner 2020).
- 6 Dieser Autor*innenpool ist selbstverständlich offen und immer wieder Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen, so dass jede Namensnennung nur illustrativen Charakter haben kann. In ideengeschichtlicher Perspektive ist hier etwa an oftmals gegen den Strich der üblichen Rezeptionslinien operierende

einer neben der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Politischen Theorie prominent auch Gender Studies, Postcolonial Studies, Cultural Studies, Kunsttheorie und Philosophie, ja auch Theologie⁷ umfassenden transdisziplinären Politischen Theorie entwickelt hat. Die Politische Theorie erweist sich demnach gleichzeitig als eine ausgesprochen vitale Teildisziplin, der breite Aufmerksamkeit entgegengebracht wird – nur nicht, so drängt sich der Eindruck auf, in ihrer eigenen Disziplin der Politikwissenschaft. Hier erscheint sie dann, so gängige Kritiken, als weniger professionalisiert und weniger drittmittelaffin als die anderen Teildisziplinen oder es wird ihr eine Entfremdung vom eigenen Fach zum Vorwurf gemacht, weil sie sich weniger auf die Perspektiven der empirischen Politikwissenschaft einlasse.⁸

Inhaltlich könnte die Politische Theorie angesichts der oben knapp umrissenen Lage damit wohl sehr gut leben – sie braucht sich außerhalb der Politikwissenschaft beileibe nicht um zu geringe Aufmerksamkeit zu sorgen. Allerdings können wissenschaftliche Teildisziplinen institutionell keine freischwebenden Unternehmungen sein – so produktiv die transdisziplinäre Politische Theorie auch sein mag, verliert die Politische Theorie die disziplinär-institutionelle Verankerung in der Disziplin der Politikwissenschaft, dann gerät sie in eine prekäre Lage. Denn so groß die Aufmerksamkeit, die sie erzeugt, auch ist, würde die Vorstellung der

Auseinandersetzungen mit Spinoza, Hegel, Marx oder Nietzsche zu denken. In der Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts sind es vielfach im weiteren Sinne poststrukturalistische Autor*innen wie Jacques Lacan, Michel Foucault, Gilles Deleuze, Félix Guattari, Jacques Derrida oder Julia Kristeva. Und in den Theoriediskursen der Gegenwart erfahren Autor*innen wie Judith Butler, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Gayatri Spivak, Edward Said oder Jacques Rancière eine intensive Rezeption im Diskurs einer transdisziplinären kritischen politischen Theorie.

- 7 Während die Diskurse und Rezeptionen in den meisten der oben genannten Disziplinen so gut bekannt sein dürften und zugleich auch so breit ausfallen, dass Literaturverweise sich hier kaum sinnvoll geben lassen, möchte ich im Fall der vielleicht etwas überraschenderen theologischen Diskussion exemplarisch auf Cornel West (i.E.; s.a. Arisaka/Martinsen 2019) und in der deutschsprachigen Theologie auf Dominik Finkelde (vgl. 2007 und 2019) verweisen.
- 8 Vgl. zur Rekonstruktion verschiedener Vorwürfe, Selbstvorwürfe und Krisendiagnosen der Politischen Theorie die Beiträge von Albert/Zürn, Buchstein/Jörke und Nullmeier in: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk 2022.

institutionellen Verankerung einer eigenen Disziplin Politische Theorie in der deutschen Universitätslandschaft wohl völlig illusorisch und eine gleichsam disziplinär bindingslose transdisziplinäre Politische Theorie hinsichtlich der institutionellen Absicherung allenfalls eine romantische Vorstellung sein.

Allerdings wäre eine solche bloß institutionell-disziplinäre Motivation für einen Verbleib oder gar eine starke Stellung der Politischen Theorie in der Politikwissenschaft denkbar schwach – vor allem weil ein solches reines Zweckarrangement zwar im teildisziplinären Selbsterhaltungsinteresse der Politischen Theorie liegen würde, aber nicht unmittelbar einsichtig wäre, weshalb andere Teildisziplinen am Bestand einer Politischen Theorie interessiert sein sollten, die sich inhaltlich längst von der Politikwissenschaft freigeschwommen hat, während die übrigen Teildisziplinen sich immer stärker auf ein Selbstverständnis als empirische Sozialwissenschaften verpflichten, von dem aus die Politische Theorie mit ihrer größeren Affinität zu den interpretativen Ressourcen von Geistes- und Kulturwissenschaften leicht als Fremdkörper erscheinen kann. Hier kommen aber nach meinem Dafürhalten Überlegungen zum Gegenstand Politischer Theorie ins Spiel, aus denen sich dann nämlich doch eine wechselseitige Verwiesenheit von Politischer Theorie und (empirischer) Politikwissenschaft ergibt, die eigentlich auf der Hand liegt, aber etwas stärker in den Vordergrund gerückt werden müsste, als es gegenwärtig der Fall ist.

Die anhaltende Debatte über eine mögliche Krise, gar Bestandsgefährdung der Teildisziplin der Politischen Theorie innerhalb der Politikwissenschaft hat sich immer auch mit der Frage nach dem Gegenstand der Politischen Theorie verknüpft und sehr vielfältig sind hier die Antworten. Mir geht es im Folgenden weder um eine vermittelnde noch um eine strikt exklusive Gegenstandsbestimmung. Ich möchte eher einen wesentlichen Kernbereich der Politischen Theorie ausweisen, der meines Erachtens in einer kritischen Reflexion von Normativität liegt. Dabei werde ich die Auffassung vertreten, dass sich für eine solche kritische Reflexion von Normativität gerade nicht die im Mainstream der liberalen Politischen Philosophie vorherrschende Vorgehensweise eignet, normative Prinzipien entlang einer Unterscheidung zwischen *ideal* und *non-ideal theory* zu begründen, wie es vor allem im Anschluss an Rawls' politische Philosophie der Fall ist. Deshalb werde ich Rawls' politische Philosophie einer Kritik aus radikaldemokratischer Perspektive unterziehen,

durch die die Schwächen und Beschränkungen des Unternehmens einer normativ-analytischen politischen Philosophie hervortreten (2.).⁹

Perspektiven, wie sie in Überlegungen zu einer positiven Politischen Theorie vertreten werden, fallen durch das Plädoyer für eine Konzentration auf die Aufgabe einer kritischen Reflexion von Normativität nicht notwendigerweise aus der Politischen Theorie heraus, sind aber nach meinem Dafürhalten für die teildisziplinäre Identität von keiner besonderen Bedeutung und können auch in anderen Teildisziplinen ihren Ort finden. Mit anderen Worten: Fiele die positive Politische Theorie weg, würde die Politische Theorie keinen genuinen Verlust erleiden, da diese Reflexionsleistungen auch in den Teilbereichstheorien angestellt werden (können); würde hingegen die kritische Reflexion von Normativität verschwinden, wäre das nicht nur für die Politische Theorie, sondern für die Politikwissenschaft insgesamt ein herber Verlust, da diese Reflexionsleistung nicht *en passant*, gleichsam nebenher zu empirischer Forschung professionell vollzogen werden kann, sondern einer intensiven politiktheoretischen Bearbeitung unter systematischer Einbeziehung ideengeschichtlicher Quellen bedarf. Da Ansätze einer positiven Politischen Theorie überwiegend die Reflexion von Normativität ohnehin nicht als ihre Aufgabe verstehen, werde ich mich mit ihnen im Folgenden nur in Form einer kurzen, aber sehr grundsätzlich ansetzenden Kritik an positivistischen Ansätzen beschäftigen (3.). Dabei werde ich zum einen unter Rekurs auf Marcuses Hegel-Lektüre zeigen, dass die gesamte Vorstellung verallgemeinerungsfähigen Tatsachenwissens irrig ist und zweitens im Anschluss an Überlegungen Nietzsches skizzieren, dass eine wertneutrale Perspektivierung sozialwissenschaftlichen Wissens unplausibel ist.

Sowohl normativ-analytische als auch empirisch-analytische Ansätze sind, wie ich in diesem Beitrag argumentieren werde, für die Aufgabe einer kritischen Normativitätsreflexion nur wenig ertragreich. Stattdessen scheint mir vielmehr eine im hegelschen Sinne kritische sozialwissenschaftliche Begriffsarbeit fruchtbar zu sein, in die eine bestimmte Form von Bezug zur sozialen Wirklichkeit eingelassen sein muss. Will

9 Aus Gründen des Umfangs diskutiere ich diesen Einwand hier am einflussreichen Beispiel der Rawlsschen politischen Philosophie. Er lässt sich aber, wie ich andernorts ausführlich zeige, auch auf andere normbegründende Ansätze, wie Jürgen Habermas' oder, um ein jüngeres Beispiel zu wählen, Rainer Forsts normative politische Theorie, beziehen. Vgl. Flügel-Martinsen 2017: Kap. 1.2.

man aber nicht, wie es bei Hegel selbst und prominent auch bei einem heutigen Hegelianer wie Axel Honneth in Form fortschrittstheoretischer Überlegungen der Fall ist, auf die ein oder andere Weise geschichtsphilosophische Argumente ins Spiel bringen, um die Vorstellung normativer Zielpunkte zu retten, dann bieten sich hier kritisch-befragende Zugänge als paradigmatischer Fall einer solchen Politischen Theorie an, die eine kritische Reflexion von Normativität in ihr Zentrum rückt (3.). Diese kritisch-befragenden Ansätze schlagen eine Konturierung der Politischen Theorie vor, die einen genuine Beitrag zur politikwissenschaftlichen Diskussion ermöglicht, der weder aus Nachbardisziplinen wie der Philosophie bezogen noch in den anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen formuliert werden kann.

Die Themen dieses Aufsatzes hat Rainer Schmalz-Bruns, dessen Gedenken er gewidmet ist, solange ich ihn kannte, mit emphatischem Interesse reflektiert. Ich hatte die Gelegenheit, diese Gegenstände viele Jahre im kontroversen Austausch mit ihm zu diskutieren. Während er dem hier unterbreiteten Versuch, Normativitätsreflexion als eine Kernaufgabe Politischer Theorie zu bestimmen, vermutlich etwas hätte abgewinnen können, und die Strategie, diese sowohl gegen die Perspektive einer normativen Politischen Philosophie als auch gegen eine positive Politische Theorie abzugrenzen, wahrscheinlich immerhin noch erwägenswert gefunden hätte, bin ich mir sicher, dass er bei meinem Vorschlag, Politische Theorie als eine kritische Befragung und Infragestellung normativer Ordnungen zu verstehen, ohne daraus selbst noch einmal eine normative Position zu begründen, aufseufzend die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen hätte. Bei allem Dissens in der Sache hat Rainer Schmalz-Bruns aber immer die kontroverse konzeptionelle Reflexion der Aufgaben Politischer Theorie als ein gemeinsames Anliegen verstanden. Ich erlaube mir deshalb den Aufsatz in Erinnerung an ihn *Reflexive Kritik* zu übertiteln, obwohl ich dem Begriff der Reflexivität eine andere Deutung gebe, als es in seinem Konzept reflexiver Demokratie (Schmalz-Bruns 1995) der Fall ist.

2. Jenseits der Normbegründung

Eine Kritik normativ-analytischer Politischer Philosophie am Beispiel Rawls¹⁰

Rawls' politische Philosophie kann seit Erscheinen seines epochemachenden Buches *A Theory of Justice* im Jahr 1971 als das einflussreichste Paradigma der Politischen Philosophie der Gegenwart gelten (Rawls 1999). Das mag man bewundern. Aber eine solche Dominanz – welcher Prägung auch immer – schränkt nicht nur im Allgemeinen die Vielfalt politischen Denkens ein. Zudem ist Rawls' Denken im Besonderen nur wenig geeignet, zeitdiagnostisch und gesellschaftstheoretisch informierte kritische Perspektiven auf unsere politische Gegenwart zu eröffnen, deren wir in einer polarisierten politischen Welt so dringend wie vielleicht noch nie bedürfen und von denen sich weite Teile der heutigen Politischen Philosophie aufgrund des rawlsschen Einflusses denkbar weit entfernt haben. Vor allem aber schlägt Rawls' politische Philosophie mit der Unterscheidung von idealer und nicht-idealer Theorie einen nach meinem Dafürhalten völlig falschen Weg der Reflexion normativer Fragen ein, weil normative Ordnungen auf diese Weise nämlich gerade nicht kritisch reflektiert, sondern normative Prinzipien abstrakt begründet werden.

Wirkungsgeschichte lässt sich nicht prognostizieren. Wer zu Lebzeiten in aller Munde gewesen ist, kann schon rasch nach dem Tod aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwinden. Über zwei Dekaden nach John Rawls' Tod lässt sich aber zweifelsohne festhalten, dass dessen Einfluss nicht nur auf die Gerechtigkeitstheorie, sondern auf die normative politische Philosophie insgesamt immer noch groß ist. Zwar mehrten sich gerade in jüngerer Zeit kritische Absetzungsbewegungen, die, etwa im Falle von Danielle Allens Buch *Politische Gleichheit* (2020) und noch sehr viel deutlicher Katrina Forresters Studie *In the Shadow of Justice* (2020), auch von Rawls' Wirkungsstätte Harvard aus artikuliert werden, aber nicht nur spezifische inhaltliche Thesen, sondern vor allem Rawls'

10 Bei diesem Abschnitt handelt es sich um die überarbeitete Fassung meines Blogbeitrags *Warum es höchste Zeit ist, Rawls zu historisieren – und so die politische Philosophie der Gegenwart vom Bann des politischen Liberalismus zu befreien*, den ich im Frühjahr 2021 im Rahmen einer Reihe von Beiträgen veröffentlicht habe, die anlässlich Rawls' 100. Geburtstag auf dem Philosophieblog praefaktisch.de erschienen sind.

Grundausrichtung und Rahmenannahmen prägen weiterhin in hohem Maße die Politische Philosophie der Gegenwart.

Die Distanzierung der Politischen Philosophie von der Aufgabe einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die Axel Honneth in *Das Recht der Freiheit* (2011, 14) zu Recht als eine »der größten Beschränkungen, unter denen die politische Philosophie der Gegenwart leidet«, bezeichnet hat und die ich für einen fatalen Effekt der Wirkungsgeschichte des rawlsschen Denkens halte, lässt sich auf den ersten Blick nicht an Rawls' Themen erkennen: Mit Gerechtigkeit, Pluralismus und demokratischem Konstitutionalismus werden so beispielsweise Gegenstände angesprochen, die gerade auch in unserer politischen Gegenwart von großer Bedeutung sind. Auch die von Rawls in erstaunlichem Maße inspirierten, wenngleich von ihm selbst nur sehr zögerlich bearbeiteten Diskurse der globalen Gerechtigkeitstheorie scheinen angesichts massiver globaler Ungleichheiten höchst relevant. Es sind also weniger die Themen, sondern, so möchte ich im Anschluss an Raymond Geuss' *Kritik der politischen Philosophie* (2014, 128) behaupten, »seine[...] ganze[...] Art, sich dem Gegenstand der politischen Philosophie zu nähern«, die zutiefst problematisch ist. Was genau meine ich damit?

Um meine grundsätzliche Kritik am rawlsschen politischen Liberalismus und seinen philosophischen Prämissen etwas plastischer hervortreten zu lassen, werde ich diese aus der Perspektive der radikalen Demokratietheorie (vgl. Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen 2020; 2021) entwickeln – eines alternativen Verständnisses Politischer Philosophie und Theorie, das nach meinem Dafürhalten im Unterschied zu Rawls und dem von ihm beeinflussten liberalen politischen Philosophieren von Anfang an stark auf eine zeitdiagnostisch und gesellschaftstheoretisch informierte kritische Analyse unserer Gegenwartsgesellschaften und ihrer normativen Ordnungen setzt. Radikaldemokratische Ansätze lassen sich geradezu als paradigmatischer Gegenentwurf zum rawlsschen liberalen Mainstream der Politischen Philosophie verstehen. Zwar sind die Gründe der Ablehnung ebenso vielfältig wie der deutlich pluralistisch verfasste radikaldemokratische Diskurs überhaupt, die Hauptstoßrichtung lässt sich aber an zwei Einwänden verdeutlichen, die in radikaldemokratischen Diskursen über die verschiedenen Ansätze hinweg in großem Maße geteilt werden.

Am *ersten* Einwand wird noch einmal deutlich, dass es der radikaldemokratischen Liberalismuskritik nicht nur um die Ablehnung einzelner Aspekte oder Positionen des rawlsschen Denkens, sondern um das

zugrundeliegende Verständnis Politischer Theorie bzw. Philosophie im Ganzen geht: Für liberale Positionen ist im Anschluss an Rawls nämlich eine Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie wesentlich, die dazu führt, dass die Aufgabe der Politischen Philosophie wesentlich in der Begründung normativer Prinzipien auf der Ebene idealer Theorie gesehen wird, die dann erst in einem zweiten Schritt – unter einer mehr oder weniger detaillierten Einbeziehung von Einsichten empirischer Sozialwissenschaften – auf die Ebene nicht-idealer Theorie übertragen werden. Auch wenn der spätere Rawls unterstreicht, dass seine Konzeption insgesamt einen politischen Charakter aufweise und nicht als umfassende moralische Lehre aufzufassen sei, bleibt seine politische Philosophie letztlich trotzdem nur eine angewandte Moralphilosophie (vgl. Williams 2005, 2), weil er zunächst abstrakt Normen begründet, die dann erst auf politische Zusammenhänge übertragen werden. Radikaldemokratische Ansätze richten dabei in deutlicher Abgrenzung zu einem solchen, wesentlich auf die Aufgabe von Normbegründungen fixierten und von konkreten gesellschaftlichen Kontexten abstrahierenden Verständnis Politischer Philosophie das Augenmerk von vornherein auf eine gesellschaftstheoretische und zeitdiagnostische Ausrichtung der Begriffsbildung. Die dafür erforderliche Analyse und kritische Reflexion gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsbeziehungen und ihrer normativen Ordnungen kennt dabei durchaus eine große Variantenvielfalt und kann sich etwa auf Inspirationen durch Foucaults Diskurstheorie ebenso wie durch Gramscis Hegemonietheorie stützen. Gegen den rawlsschen Liberalismus wird damit insgesamt geltend gemacht, dass politische Fragen auf der Grundlage einer Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie überhaupt nicht angemessen begriffen werden können, weil das Politische nur in seiner Verwobenheit in spezifischen historischen Konstellationen und diskursiven Sinn-, Wissens-, Macht- und nicht zuletzt auch Normordnungen überhaupt erfasst werden kann. Der rawlssche Vorschlag, auf einer Ebene der idealen Theorie erst einmal über angemessene normative Prinzipien zu reflektieren, und diese dann später auf der Ebene der nicht-idealen Theorie auf die Machtbeziehungen der sozialen und politischen Wirklichkeit zu beziehen, kann allein schon deshalb nicht aufgehen, weil normative Prinzipien, wie normative Ordnungen insgesamt, selbst durch Machtverhältnisse geprägt sind, von denen sich nicht gleichsam idealtheoretisch abstrahieren lässt, um sie dann erst nachträglich wieder ins Spiel zu bringen. In der polemischen Zu-

spitzung, die Raymond Geuss dem Einwand der fehlenden Analyse von Machtverhältnissen und der sie einbettenden sozialen Wirklichkeit in Rawls' politischer Philosophie gibt, müssen rawlssche Ansätze dann mit Blick auf die wirkliche Politik als »Blindgänger« oder »potenzielle ideologische Interventionen« (Geuss 2014, 128) erscheinen.

Die Struktur dieses ersten grundsätzlichen Einwands lässt sich an einem *zweiten*, konkreteren Einwand noch etwas deutlicher herausarbeiten. Während Rawls und die von ihm beeinflussten liberalen, normativ-analytischen Ansätze insgesamt auf die normative Vorannahme autonomer Subjekte und ihrer Rechte zurückgreifen, treten viele radikaldemokratische Positionen zunächst einmal einen Schritt zurück und stellen die Frage danach, wie welche Subjektpositionen hervorgebracht werden und in welche Machtbeziehungen diese Subjektivierungen eingelassen sind. Die Vorstellung eines autonomen Subjekts, die für den politischen Liberalismus rawlsscher Observanz einen gemeinsamen normativen Ausgangspunkt darstellt, wird so zu einer spezifischen Subjektposition bestimmter Diskurse und verliert damit ihre Selbstverständlichkeit. Für radikaldemokratische Ansätze ist deshalb die kritische Analyse sozialer und politischer Entstehungskontexte von Subjektformen eine wesentliche Aufgabe, die in liberalen Konzeptionen in der Regel ausgeblendet wird. Statt die Vorstellung autonomer, primär negativ freier Subjekte zur Prämisse politischen Philosophierens zu machen, müsste es deshalb aus radikaldemokratischer Sicht viel eher darum gehen, die Idee des autonomen Subjekts als eine historisch situierte Konzeption zu analysieren, die in spezifische Normordnungen eingelassen ist, die zugleich auch Sinn- und Machtordnungen sind.

Gerade an diesen beiden Dimensionen – der Begründung normativer Prinzipien als kardinaler Aufgabe Politischer Philosophie und der Prämisse, über diese Normbegründungen im Ausgangspunkt der Vorstellungen eines autonomen Subjekts nachzusinnen – wird deutlich, dass Rawls auch dort fortwirkt, wo sich die liberale Politische Philosophie von ihm absetzt. Das lässt sich beispielsweise an Joseph Carens' (2017) und Arash Abizadehs (2017) Versuchen beobachten, die Politische Philosophie zu einem Denken jenseits der Grenze zu führen und damit über den für Rawls geradezu selbstverständlichen Referenzpunkt nationalstaatlich organisierter Gesellschaften hinauszugehen. Beide halten nämlich nicht nur an der normativen Prämisse der Rechte autonomer Subjekte fest, sondern sie abstrahieren im Ausgangspunkt dieser Prämisse auch von den konkreten Grenzregimen unserer Ge-

genwart, überspringen also die Aufgabe einer Gegenwartsanalyse, um stattdessen ganz im rawlsschen Modus der idealen Theorie abstrakt und losgelöst über die Normen nachzudenken, die sich aus den Rechten autonomer Subjekte ergeben sollen.

Einige Strömungen innerhalb des radikaldemokratischen Diskurses, denen ich selbst zuneige, verstehen diese Kritik am politischen Liberalismus vor allem auch als eine Verschiebung der Aufgaben Politischer Philosophie und Theorie von der Begründung normativer Prinzipien zur kritischen Befragung von Machtverhältnissen und normativen Ordnungen. Insgesamt bieten radikale Demokratietheorien damit eine fruchtbare Alternative zu der im Anschluss an Rawls in der Politischen Philosophie der Gegenwart hegemonialen und aus radikaldemokratischer Perspektive fehlgeleiteten Tendenz, Fragen der Politischen Philosophie als solche einer angewandten Moralphilosophie zu behandeln.

Im Lichte dieser Kritik muss Rawls also doppelt historisiert werden: Die Grundannahmen und sein Verständnis Politischer Philosophie müssen vor dem Hintergrund konkreter historischer Diskurse situiert werden, statt sie als allgemeine Ausgangspunkte zu überhöhen, und er selbst muss dadurch als ein Klassiker der jüngeren politischen Philosophiegeschichte distanziert werden, dessen enormer Einfluss ein interessanter Gegenstand theoriegeschichtlicher Studien sein kann, aber dessen übermächtige Präsenz in den Gegenwartsdiskursen der Politischen Philosophie deshalb jedoch gerade gebrochen werden muss.

Im Lichte dieser Kritik der stark von Rawls' beeinflussten normativ-analytischen Engführung der Politischen Philosophie lassen sich die Konturen einer Politischen Theorie erahnen, die Anschluss an die kritischen Gegenwartsdiskurse in den interpretativen Sozialwissenschaften und in der politischen Öffentlichkeit sucht, den eine auf das rawlsche Paradigma fixierte, normbegründende Politische Philosophie weitgehend verloren hat. Ein wesentlicher Schritt hin zu einer solchen Politischen Theorie, die die kritische Reflexion von Normativität und normativen Ordnungen zu ihrer kardinalen Aufgabe macht, besteht deshalb im Bruch mit der Aufgabe einer Begründung von Normen, für den ich in diesem Aufsatz plädieren möchte. Bevor ich diese Aufgabe aber genauer exponiere (vgl. 4.), scheint es mir wesentlich zu sein, darauf hinzuweisen, dass der vermeintliche Verzicht auf normative Perspektiven, wie er für Ansätze einer positiven Politischen Theorie wesentlich ist, keine geeignete Option darstellt.

3. Der Irrtum der positiven Politischen Theorie

Heute vor allem in den empirischen Zweigen der Politikwissenschaft weitverbreitete positivistische wissenschaftstheoretische Grundannahmen, die, grob gesagt, auf der theoretischen Systematisierung von Tatsachenbeobachtungen aufruhen, scheinen zwar anders als normbegründende Ansätze in der Politischen Philosophie auf den ersten Blick eine sehr enge Beziehung zur sozialen und politischen Wirklichkeit herzustellen. Allerdings tun sie dies auf eine Weise, die aus der Perspektive einer reflexiv-kritischen politischen Theorie in hohem Maße problematisch erscheinen muss. Wie Herbert Marcuse in seiner Lektüre von Hegels Logik herausarbeitet, findet sich bei diesem eine fulminante und nach meinem Dafürhalten bis heute instruktive Positivismuskritik *avant la lettre*. Hegels Skepsis gegenüber sogenannten Tatsachenbeobachtungen spielt nicht erst in der *Wissenschaft der Logik* (Hegel 1986c/d), sondern schon in dem berühmten Abschnitt über *Die sinnliche Gewissheit oder das Diese und das Meinen* in der *Phänomenologie des Geistes* (Hegel 1986b, 82–92) eine wesentliche Rolle, in dem Hegel zeigt, dass die vermeintliche Gewissheit von Tatsachenbeobachtungen sich bei näherer Betrachtung stets als flüchtig erweist, da ihr die begrifflich vermittelnde Reflexion fehlt. Marcuse weist in seiner Beschäftigung mit der *Wissenschaft der Logik* in diesem Zusammenhang auf ein Argument hin, das Hegel bereits in dem kleinen, 1807 verfassten Aufsatz *Wer denkt abstrakt?* (Hegel 1986a) verwendet hat. Hegels Überlegungen stellen dort die Gewissheit der Tatsachenbeobachtung durch den Hinweis darauf in Frage, dass eigentlich abstrakt im Sinne von reduziert und bloß partikular denke, wer sich an konkrete Beobachtungen zu halten versuche, denn gerade diese bleiben bei einem einzelnen, unvermittelten Eindruck stehen, der von der erforderlichen reflexiven Vermittlung gleichsam selbst abstrahiert. Marcuse notiert deshalb, dass die hegelsche Arbeit des Begriffes als Abstraktion gerade nicht von der Wirklichkeit wegführt: »Durch die Begriffsbildung verlässt die Abstraktion nicht die Wirklichkeit, sondern führt in sie hinein« (Marcuse 1962, 144). Hegels begriffliches Denken trägt dabei von vornherein dem Umstand Rechnung, dass sich Wirklichkeit und Begriff in einem spannungsreichen Prozess der steten Umwandlung befinden, den eine auf Tatsachenbeobachtungen aufruhende Analyse der Wirklichkeit auch dann nicht zu erfassen in der Lage ist, wenn sie ihre eigenen Begrifflichkeiten, wie es in einer positivistischen Herangehensweise ja durchaus der Fall ist, im

Lichte neuer Beobachtungen zu revidieren bereit ist. Bei Marcuse heißt es hierzu auf den Punkt gebracht:

»Bei allem Aufwand ihrer Prozedur bleibt die positivistische Wissenschaft indessen innerhalb der gegebenen Realitäten; die Zukunft, die sie voraussagt, selbst die Veränderungen der Form, zu denen sie führt, kommen nie vom Gegebenen los. Form und Inhalt der wissenschaftlichen Begriffe bleiben der herrschenden Ordnung der Dinge verhaftet; sie haben selbst dann einen statischen Charakter, wenn sie Bewegung und Wandel ausdrücken. Die positivistische Wissenschaft arbeitet auch mit abstrakten Begriffen. Aber sie entspringen einer Abstraktion von den besonderen und wechselnden Formen der Dinge und fixieren deren allgemeine und bleibende Charaktere.« (Marcuse 1962, 144)

Hegels dialektische Abstraktion verweist demgegenüber auf eine Verschlingung von Begriff und Wirklichkeit, die so etwas wie die Gewissheit sogenannter Tatsachenbeobachtungen nicht kennen kann. Der wesentliche Unterschied liegt hier in einer kritisch-reflexiven Begriffsbildung, derzufolge jede Erscheinungsform von Wirklichkeit ebenso wie ihre begriffliche Erfassung immer schon über sich hinausweist. Für Marcuse liegt deshalb in Hegels »Idee des Begriffs« der »Eckstein der Philosophie als einer kritischen Theorie« (Marcuse 1962, 143). Bekanntlich verdankt sich die Normativität dieses Wandels, den Hegel mit Blick auf die soziale Wirklichkeit als eine Bewegung der Entfaltung des Bewusstseins der Freiheit, also als Fortschritt beschreibt, der Vorstellung, dass sich ein Zielpunkt angeben lasse, von dem aus das Werden beurteilt werden kann und von dem aus die Schlachtbank, als die Hegel die Geschichte erscheint (vgl. Hegel 1986e, 35), post festum einen tieferen Sinn erhält. Durch diese fortschrittstheoretische, ja teleologische Dimension hat Hegels spekulative Philosophie und auch die nach ihrem Vorbild modellierte, nur gleichsam materialistisch umgestülpte marxistische Geschichtsphilosophie zu Recht harsche Kritik auf sich gezogen.¹¹

11 Vgl. für eine einflussreiche Kritik von Fortschrittsdenken und Geschichtsteologie Benjamin 1980, 691–704. Eine umfassende Kritik der marxistischen Geschichtstheorie und -philosophie, die sich zugleich auch als Kritik teleologischer geschichtsphilosophischer Argumentationen im Allgemeinen lesen lässt, findet sich im ersten Kapitel von Castoriadis' *Gesellschaft als imaginäre Institution* (Castoriadis 1990, Kap. I).

Während Hegels Antizipation der Positivismuskritik dadurch keineswegs an Schärfe einbüßt, ist nach meinem Eindruck hinter Versuche, aus der begrifflichen Durchdringung sozialer Wirklichkeit normative Prinzipien zu generieren, ein skeptisches Fragezeichen zu setzen. So scheint es mir kein Zufall zu sein, dass Axel Honneth in seinem Versuch, mithilfe des Verfahrens der normativen Rekonstruktion über die Aufgabe einer kritischen Reflexion normativer Ordnungen hinaus auch zu einer Begründung normativer Prinzipien zu gelangen, ebenfalls auf fortschrittstheoretische Argumente zurückgreifen muss. Zwar hat Honneth schon früh deutlich gemacht, dass seine Rekonstruktion der hegelschen Rechts- und Sozialphilosophie auf deren Einbettung in Hegels Logik verzichtet, weil diese uns, so Honneths Eindruck, »aufgrund ihres ontologischen Begriffs des Geistes inzwischen vollkommen unverständlich geworden ist« (Honneth 2001, 12). Dies hindert ihn aber nicht daran, in seinem großangelegten Versuch, nach »dem Vorbild der Hegelschen ›Rechtsphilosophie‹ [...] die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit direkt in Form einer Gesellschaftsanalyse zu entwickeln« (Honneth 2011, 9), an zentraler Stelle auf geschichtsteleologische und fortschrittstheoretische Argumente zurückzugreifen (vgl. Honneth 2011, 22f.).¹²

Für eine Diskussion des Irrtums positiver Politischer Theorie ist neben Hegels Positivismuskritik *avant la lettre* auch Nietzsches Wissenschaftskritik und die mit ihr verbundene Vorstellung unvermeidlich perspektivischen Sehens instruktiv. Im Anschluss an Nietzsche wird es nämlich möglich, die für positive politische Theorien zentrale Annahme einer objektivistischen Wertneutralität grundsätzlich in Zweifel zu ziehen¹³ und so zu zeigen, dass die kritische Reflexion normativer Ordnungen erstens eine Kernaufgabe Politischer Theorie darstellt und zweitens eine kritische Reflexion des eigenen normativen Standpunkts einschließt, wobei drittens eine gleichsam wertneutrale, objektive Perspektive bestenfalls eine illusorische Selbsttäuschung bleiben muss.

Nietzsches Wissenschaftskritik setzt im Kern bei einer Infragestellung der Vorstellung an, wissenschaftliche Tatsachenbeobachtung

12 Vgl. für eine kritische Diskussion von Honneths Fortschrittsdenken: Allen 2017, Kap. 3.

13 Ausführlicher entwickle ich diese Überlegungen in den Nietzsche-Kapiteln meiner Studien *Jenseits von Glauben und Wissen* (Flügel-Martinsen 2011, 71–100) und *Befragungen des Politischen* (Flügel-Martinsen 2017, Kap. 2.3).

sei eine gleichsam nicht-normative, objektive Unternehmung, die sich damit konstitutiv von allen Formen des Glaubens unterscheide. In *Die fröhliche Wissenschaft* führt Nietzsche demgegenüber aus, dass diese nur sogenannte wissenschaftliche Objektivitätsvorstellung im Gegenteil selbst durch einen Glauben an die Möglichkeit einer Gewissheit, die sich durch objektive Erkenntnis erlangen lasse, geprägt sei (vgl. Nietzsche 1999a, 574ff.) – an diesem grundsätzlichen Einwand ändert auch der Umstand nichts, dass Wissen aus positivistischer Sicht durchaus als fallibel und revisionsoffen verstanden werden kann. Woran die auf die Gewissheit von Tatsachenbeobachtungen setzenden empirischen Wissenschaften nämlich gleichwohl nicht zweifeln dürfen, ist, dass sich grundsätzlich empirische Tatbestände objektiv beobachten lassen. Die Revisionsoffenheit von Wissensbeständen hält so an der Vorstellung der Gewissheit selbst fest und konzidiert lediglich den temporären Mangel des Noch-nicht-Wissens als einen methodischen Mangel im jeweils derzeitigen Erkennenkönnen. Problematisch ist aus Nietzsches Sicht aber nicht allein dieses Festhalten am Glauben an Gewissheit, sondern dass dieser Glauben nicht als Glauben, sondern als ein Erkennen jenseits der normativen Einfärbung durch Überzeugungen und Glauben aufgefasst wird. Wissenschaften, die auf die Beobachtung von Tatsachen und auf die Gewinnung von Tatsachenwissen setzen, verdecken so nämlich – vielfach, vielleicht sogar in der Regel, auch vor sich selbst – den Umstand, dass das, was sie objektives Erkennen nennen, selbst ein perspektivisches Sehen (vgl. Nietzsche 1999b, 19) ist, das in eine bestimmte, es beeinflussende, ja tragende normative Ordnung eingelassen ist. Positive Zugänge zur Politischen Theorie scheitern so gesehen konstitutiv an ihrem Anspruch, eine wertneutrale Perspektive zu politischen Vorgängen zu eröffnen und sind, da sie sich ja bereits den Blick auf die eigene Verwobenheit in eine normative Ordnung verstellen, darüber hinaus gänzlich ungeeignet zur kritischen Reflexion von Normativität.

4. Kritische Reflexion von Normativität statt Normbegründung

Es dürfte deutlich geworden sein, dass Politische Theorie nach meinem Dafürhalten weder gut beraten wäre, sich an einem empirisch-analytischen Paradigma positiver Politischer Theorie noch an einer

normbegründenden normativ-analytischen Politischen Philosophie zu orientieren. Dafür sprechen nicht allein starke inhaltliche Gründe, die in den beiden vorangegangenen Abschnitten skizziert wurden, sondern auch eine Reihe disziplinärer Motive: Die Aufgaben einer positiven Politischen Theorie, die sich, wie es schon die Bezeichnung nahelegt, wissenschaftstheoretisch an einem positivistischen Paradigma orientiert und damit so etwas wie eine aus der Verallgemeinerung empirischer Beobachtungen und ihrer methodischen Reflexion hervorgehende Begriffsbildung zu ihrem Anliegen macht, können problemlos als methodisch-theoretische Begleitreflexion empirischer Forschung erfolgen. Dafür wird eine genuine teildisziplinäre Perspektive Politischer Theorie nicht benötigt. Wohl aber ist sie erforderlich, um die wissenschaftstheoretischen und epistemologischen Engführungen kritisch zu reflektieren, die sich mit einer solchen positiven Politischen Theorie verbinden. Durch die Festlegung auf ein positivistisches Paradigma ist es Ansätzen einer positiven Politischen Theorie nämlich nicht möglich, die subkutanen Beziehungen zwischen ihren Rationalitätsverständnissen und normativen Ordnungen, die immer auch Macht- und Sinnordnungen sind, reflexiv in den Blick zu nehmen. Ebenso ist eine politikwissenschaftliche Teildisziplin Politische Theorie innerhalb eines normbegründenden Paradigmas – mag dieses nun eher rawlsscher, eher habermasscher oder auch einer ganz anderen Prägung sein¹⁴ – nicht wirklich erforderlich. Dieses ist, wie ich dargelegt habe (vgl. 2.), meines Erachtens erstens insgesamt nicht fruchtbar und zweitens in disziplinärer Perspektive für die Teildisziplin der Politischen Philosophie in der akademischen Philosophie so prägend, dass sich die Politische Theorie als politikwissenschaftliche Teildisziplin keinen Gefallen tun dürfte, sich an ihm zu orientieren, da eine eigenständige politikwissenschaftliche Konturierung kaum sinnvoll möglich sein dürfte.

Sowohl in konzeptioneller als auch in teildisziplinärer Hinsicht ungleich ergiebiger und zudem, wie die eingangs angesprochene Herausbildung einer transdisziplinären Politischen Theorie eindrucksvoll belegt, auch an zahlreiche Nachbardisziplinen in hohem Maße anschlussfähig, ist eine kritisch befragende Reflexion von Normativität, wie sie in den Bezugstexten jüngerer Debatten etwa über Hegemonie-

14 Vgl. zu meiner Kritik normbegründender Ansätze in der Politischen Theorie und Philosophie: Flügel-Martinsen 2017, Kap. 1.2.

und Diskurstheorie (vgl. Laclau/Mouffe 2012; Nonhoff 2007), das Politische (vgl. Marchart 2010; Martinsen 2019; Flügel-Martinsen 2017; 2020, Kap. 3), radikale Demokratietheorien (vgl. Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen 2020), Postkolonialismus (vgl. Kerner 2011) oder Geschlechtertheorie (vgl. Butler 2016) ausgearbeitet wird.

Ich möchte eine solche Form der reflexiven Kritik von Normativität exemplarisch am Beispiel des Verhältnisses von radikaler Demokratietheorie und Normativitätsdenken skizzieren.¹⁵ Radikale Demokratietheorie zeichnet sich durch ein reflexiv-kritisches Verständnis Politischer Theorie aus, durch das sie sich erheblich von empirischen und normativen Demokratietheorien unterscheidet. Anders als empirische Demokratietheorien geht es radikaler Demokratietheorie, so wie ich sie verstehe, erstens nicht darum, eine Typologie demokratischer Regierungsmodelle zu erstellen, da sie den Namen der Demokratie für die kritische Aktivität einer Befragung und Infragestellung gegebener institutioneller und sozialer Ordnungen und der sie kennzeichnenden Machtverhältnisse reserviert. Zweitens, und im vorliegenden Zusammenhang wichtiger, beschränkt sie sich aber vor allem nicht auf ein deskriptiv-analytisches Verständnis von Demokratie, sondern bezeichnet mit dem Begriff der Demokratie ausdrücklich emanzipatorische Aktivitäten. Damit unterhält das radikaldemokratische Denken in gewisser Weise eine Beziehung zu normativen Fragestellungen, die sich allerdings deutlich vom Normativitätsverständnis normativer Demokratietheorien abgrenzt. Während normative Demokratietheorien in der Regel auf die Begründung eines Modells von Demokratie und seiner normativen Referenzkategorien zielen, verstehen diejenigen radikaldemokratischen Ansätze, denen ich zuneige (etwa derjenige Rancières), unter Demokratie eher eine Form kritischer Intervention gegenüber bestehenden politischen Ordnungen und verwerfen daher, wie auch bereits weiter oben deutlich wurde (vgl. 2), die Aufgabe der Begrün-

15 Ich stütze mich im Folgenden auf eine überarbeitete Fassung von Überlegungen, die im Austausch mit Hubertus Buchstein im Rahmen eines Buchforums zu meinem Buch *Theorien radikaler Demokratie zur Einführung* (Flügel-Martinsen 2020) auf theorieblog.de im Herbst 2020 veröffentlicht wurden. Hubertus Buchstein möchte ich an dieser Stelle noch einmal für die ebenso kontroverse wie faire Debatte danken.

dung als zentrale Dimension von Demokratietheorie.¹⁶ Das ist keine willkürliche Entscheidung, sondern dem Umstand geschuldet, dass die Emanzipationsbewegungen von heute, haben sie die politischen und sozialen Gefüge durch Kritik einmal umgestaltet, rasch zu den Privilegierten der ebenfalls, nur in anderen Hinsichten, exkludierenden oder diskriminierenden politisch-institutionellen und normativen Ordnung von morgen werden können, die dann wiederum in Frage gestellt werden muss. Kurz, radikale Demokratietheorien wenden sich von der begründungstheoretischen Forderung nach einem normativen Kern von Demokratie ab, weil sie einerseits gegenüber solchen Begründungsvorhaben skeptisch bleiben und weil ihnen die Vorstellung eines normativen Kerns aus demokratischen Gründen problematisch zu sein scheint, kann dieser doch rasch zu einer Fixierung von Ausschließungs- und Unterdrückungsverhältnissen werden. Gegen ein solches Demokratieverständnis ist, etwa von Buchstein, geltend gemacht worden, dass hier eine demokratietheoretisch verfehlte libidinöse Bindung an das Aufbrechen bestehender Ordnungen vorliegt, durch die die normativen Leistungen und Vorzüge von Demokratie aus dem Blick geraten und die es überdies unmöglich macht, selbst normativ Position zu beziehen, was die fortwährend angemahnten Infragestellungen rasch richtungslos machen könnte (vgl. Buchstein 2020).

Hierauf kann man aus radikaldemokratischer Perspektive meines Erachtens mit einer Unterscheidung antworten, durch die sich das Verhältnis zwischen radikalen Demokratietheorien und Normativität näher bestimmen lässt als eine normativ folgenreiche kritisch-reflexive Befragung normativer Ordnungen. Während mit *normativ* aus der Sicht normativer Demokratietheorien wohl vor allem die Begründung normativer Gehalte gemeint sein dürfte, kann die kritische Befragungsaktivität radikaler Demokratietheorien im Unterschied dazu als *normativ folgenreich* oder *normativ wirksam* bestimmt werden. Zwar können radikale Demokratietheorien nach meinem Dafürhalten tatsächlich keine normativen Kategorien begründen. Sie bleiben aber dadurch nicht zwangsläufig normativ sprachlos, denn die Kontingenz,

16 Mir ist klar, dass das nicht auf alle radikaldemokratischen Ansätze zutrifft. Chantal Mouffe sieht in der Begründung eines agonalen Demokratieverständnisses beispielsweise durchaus eine zentrale Aufgabe ihrer Demokratietheorie (vgl. Mouffe 2007; 2014).

auf die sie hinweisen, ermöglicht eine Öffnungsbewegung, die emanzipatorische Interventionen möglich macht. Normativ wirksam ist dann beispielsweise die durch kritische Infragestellungen erstrittene Transformation einer hegemonialen normativen Ordnung und ihrer repressiven und exkludierenden Praktiken und Institutionen.

Bleiben radikale Demokratietheorien damit aber nicht letztlich dennoch normativ haltlos und verwenden normative Bezugspunkte (wie ›emanzipatorisch‹, vgl. Buchstein 2020), ohne sie ausweisen zu können? An diesem Punkt sind radikale Demokratietheorien gegenüber erklärtermaßen normativen Demokratietheorien meines Erachtens nicht in der Defensive, sondern beide teilen das Problem, wie man auf normative Unterscheidungen – z.B. solche zwischen einer emanzipatorischen und einer repressiven Politik – zurückgreifen kann. Meine These ist nun, dass sich radikale Demokratietheorien über die damit verbundenen Schwierigkeiten und Herausforderungen umfassender Rechenschaft ablegen als normative Demokratietheorien, weil sie sich nicht in die Illusion einer begründeten oder begründbaren Normativität flüchten, die auf fragwürdigen Gründen ruht und die selbst leicht einen repressiven, exkludierenden oder abwertenden Charakter annehmen kann. Zu denken ist hier nur an die Kritik an der vermeintlich universalistischen Moderne und ihres Fortschrittsdenkens aus gendertheoretischen und postkolonialen Perspektiven, in deren Lichte es spätestens heute hochgradig fragwürdig erscheinen muss, so etwas wie einen normativen Kern der Demokratie zu begründen. Dieser wird beispielsweise in der habermasschen Denktradition als Ergebnis eines universalistisch gedeuteten Projekts der Moderne präsentiert (vgl. Flügel-Martinsen 2019) und gerät dadurch zu Recht in den Fokus postkolonialer Fortschrittskritik, wie es etwa bei Amy Allen der Fall ist (vgl. Allen 2017).

Die Normativitätsfrage stellt sich demnach nicht nur radikalen Demokratietheorien im Besonderen, sondern Demokratietheorie im Allgemeinen und das radikale Demokratiedenken ist hier sogar eher bereit, diese Frage selbstkritisch offen zu reflektieren, indem es als konzeptionellen Kern – wenn man das dann noch so nennen will – eines emanzipatorischen Demokratieverständnisses die postessentialistische Forderung nach einer steten Revisionsbereitschaft im Lichte der Forderungen sozialer Bewegungen herausstellt. Will man die skizzierten Probleme normativer Kategorien vermeiden, bietet die radikaldemokratische Deutungs Offenheit meines Erachtens eine attraktive Perspektive.

Diese am Beispiel der radikalen Demokratietheorie entwickelten Überlegungen lassen sich zusammenfassend als Plädoyer für eine Politische Theorie verstehen, die die reflexive Kritik von Normativität ins Zentrum ihrer Bemühungen rückt. Sie teilt diese Vorgehensweise mit einer kritisch-befragenden Tradition der jüngeren Theoriegeschichte, die einen wichtigen gemeinsamen und immer wieder aufs Neue kontrovers diskutierten, pluralistisch verstandenen Bezugspunkt kritischer Strömungen in verschiedenen Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften ausmacht. Die fruchtbare und wichtige Aufgabe einer solchermaßen verstandenen Politischen Theorie innerhalb der Politikwissenschaft ist damit mindestens eine dreifache: Erstens trägt sie eine reflexive Kritik normativer Ordnungen in das politikwissenschaftliche Denken selbst ein. Zweitens stellt sie enge Verbindungen zu kritisch-reflexiven Entwicklungen in Nachbardisziplinen her, aus denen sich ein ebenso produktiver wie kritischer transdisziplinärer Diskurs der Politischen Theorie ergibt. Nicht zuletzt aber unterhält sie damit drittens auch wechselseitige Beziehungen zur politischen Praxis zahlreicher emanzipatorisch ausgerichteter Bewegungen, deren praktische Aktivitäten sie als Inspirationsquelle reflektiert, wie diese umgekehrt auch aus den konzeptionellen Bemühungen einer solchen politischen Theorie schöpfen.¹⁷

Literatur

- Abizadeh, Arash 2017, Demokratietheoretische Argumente gegen die staatliche Grenzhohheit, in: Dietrich, Frank (Hg.), *Ethik der Migration*, Berlin, 98–120.
- Allen, Danielle 2020, *Politische Gleichheit*, Berlin.

17 In solche sich wechselseitig befruchtenden, aber auch kritisch reflektierenden Beziehungen zwischen politisch-sozialen Bewegungen und einer transdisziplinären kritischen politischen Theorie sind beispielsweise seit mehreren Jahrzehnten die Arbeiten Judith Butlers, Jacques Rancières oder Chantal Mouffes und, bis zu dessen Tod, Ernesto Laclaus eingelassen. Prominente Beispiele der Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts wären hier etwa auch Michel Foucault oder Gilles Deleuze und Félix Guattari, was in den einschlägigen intellektuellen Biographien auch umfassend gewürdigt wurde; zu Foucault vgl. Eribon 1999 und zu Deleuze/Guattari vgl. Dosse 2017.

- Arisaka, Yoko/Martinsen, Franziska 2020, Cornel West, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Aufl., Berlin, 418–426.
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hg.) 2010, *Das Politische und die Politik*, Berlin.
- Benjamin, Walter 1980, Über den Begriff der Geschichte, in: ders., *Gesammelte Schriften I.2*. Frankfurt a.M., 691–704.
- Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert 2012, *Das Politische denken*, Bielefeld.
- Brown, Wendy 2015, *Die schleichende Revolution*, Berlin.
- Buchstein, Hubertus 2020, Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben? Online verfügbar unter: <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/>
- Butler, Judith 2016, *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*, Berlin.
- Carens, Joseph 2017, *Ein Plädoyer für offene Grenzen*, in: Dietrich, Frank (Hg.), *Ethik der Migration*, Berlin, 166–211.
- Castoriadis, Cornelius 1990, *Gesellschaft als imaginäre Institution*, Frankfurt a.M.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) 2020, *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Aufl. Berlin.
- Dosse, François 2017, *Gilles Deleuze, Felix Guattari*, Wien.
- Eribon, Didier 1999, *Michel Foucault*, Frankfurt a.M.
- Finkelde, Dominik 2007, *Politische Eschatologie nach Paulus*, Wien.
- Finkelde, Dominik 2019, *Slavoj Žižek zwischen Lacan und Hegel*, Wien.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2011, *Jenseits von Glauben und Wissen*, Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2020, *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2021, *Kritik der Gegenwart. Politische Theorie als kritische Zeitdiagnose*, Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Saar, Martin 2021, *Das Politische (in) der Politischen Theorie*, Baden-Baden.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hg.) 2022, *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Rainer Schmalz-Bruns zum Gedenken*, Baden-Baden, Nomos.
- Forrester Katrina 2020, *In the Shadow of Justice*, Princeton, Oxford.

- Friedrichs, Werner 2021, Radikale Demokratiebildung im Anthropozän, in: Kenner, Steve/Oeftering, Tonio (Hg), *Standortbestimmung Politische Bildung*, Frankfurt a.M., 141–150.
- Geldner, Jens 2020, *Inklusion, das Politische und die Gesellschaft*, Bielefeld.
- Geuss, Raymond 2014, *Kritik der politischen Philosophie*, Hamburg.
- Hegel, G.W.F. 1986a, Wer denkt abstrakt? In: Ders., *Jenaer Schriften 1801–1807*, Werke 2. Frankfurt a.M., 575–581.
- Hegel, G.W.F. 1986b, *Phänomenologie des Geistes*, Werke 3. Frankfurt a.M.
- Hegel, G.W.F. 1986c/d, *Wissenschaft der Logik*, 2 Bde. Werke 5/6. Frankfurt a.M.
- Hegel, G.W.F. 1986e, *Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte*, Werke 12. Frankfurt a.M.
- Honneth, Axel 2011, *Das Recht der Freiheit*, Berlin.
- Jörke, Dirk 2019, *Die Größe der Demokratie*, Berlin.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith 2020, *Theorien des Populismus zur Einführung*, 2. Aufl. Hamburg.
- Kerner, Ina 2011, *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg.
- Laclau, Ernesto 2005, *On Populist Reason*, London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2012, *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien.
- Marchart, Oliver 2010, *Die politische Differenz*, Berlin.
- Marcuse, Herbert 1962, *Vernunft und Revolution*, Darmstadt/Neuwied.
- Martinsen, Franziska 2019, Politik und Politisches, in: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) 2020, *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Aufl. Berlin, 583–592.
- Mouffe, Chantal 2007, *Über das Politische*, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal 2014, *Agonistik*, Berlin.
- Mouffe, Chantal 2018, *Für einen linken Populismus*, Berlin.
- Nietzsche, Friedrich 1999a, *Die fröhliche Wissenschaft*, KSA 3. München, Berlin, New York.
- Nietzsche, Friedrich 1999b, *Jenseits von Gut und Böse*, KSA 5. München, Berlin, New York, 9–244.
- Nonhoff, Martin (Hg.) 2007, *Diskurs, Hegemonie, radikale Demokratie*, Bielefeld.
- Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen*, Frankfurt a.M.
- Rawls, John 1999, *A Theory of Justice*, Cambridge, Massachusetts.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1995, *Reflexive Demokratie*, Baden-Baden.
- Schwartz, Helge 2019, *Migration und radikale Demokratie*, Bielefeld.

- Vasilache, Andreas 2022, Die Unvermeidbarkeit der Internationalen Politischen Theorie, in: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hg.), *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Rainer Schmalz-Bruns zum Gedenken*, Baden-Baden, Nomos 2022, 255–273.
- West, Cornel i.E., *Pragmatismus und radikale Demokratie*, Berlin.
- Williams, Bernard 2005, *In the Beginning Was the Deed*, Princeton, NJ.